

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeiger-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

88. Jahrgang.

Montag den 18. August

1919.

Ercheint täglich
mit Ausnahme der
Sonn- und Festtage.
Preis vierteljährlich
vier mit Frachtlohn
RM. 2.70, im Bezirks-
und 10-Km-Bereich
RM. 2.70, im übrigen
Württemberg RM. 2.80.
Monats-Abonnement
nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr
für die einspalt. Zeile auf
gewöhnl. Schrift oder
deren Raum bei einmal.
Einschaltung 20 Bg.
bei mehrmaliger
entsprechend Rabatt.
Fernsprecher 29.
Postfachkonto
6113 Stuttgart.

Nr. 189

Schwarze Wolken.

Am Himmel des neuen Deutschland stehen schwarze Wetterwolken. Fernes Wetterleuchten zuckt aus ihnen unheilsvoller heran und mit schwerer Beforgnis müssen wir der nächsten Zukunft entgegensehen. Der spekulierende Bankier dabei ist die Frage der Kohlenversorgung, die noch immer ungelöst ist. Gelte es uns, genügend Kohlen ans Licht zu heben und damit eine Katastrophe für unser gesamtes Wirtschaftsleben abzuwenden? Das ist die schwere Frage, auf die noch immer keine Antwort gefunden worden ist. Auch die Regierung hat am Freitag in der Nationalversammlung anlässlich der Besprechung einer Interpellation der deutschnationalen und der deutschnationalen Fraktion keine Antwort darauf geben können, die etwas tröstliche Reassuranz hätte. Die Interpellation will wissen, was die Regierung zu tun gedenkt, um die schwere Gefahr einer Katastrophe durch das Versagen der Kohlenversorgung vor deutschen Volk abzuwenden. Gibt den Begleitenden Nahrung zum Ausgleich der Unterernährung, schafft Eisenbahnmotoren! So klang es aus der Begründung der Interpellation der Regierung entgegen. Wirklich würde eine Vermehrung der gelehrten Bergarbeiter sein. Im übrigen müßten 20-30 000 ungelernete Arbeiter dem Bergbau zugeführt werden. Nur durch Erhöhung der Förderung kann uns geholfen werden. Reichswirtschaftsminister Schmidt hielt zur Beantwortung der Interpellation eine lange Rede. Er schilderte dort die trostlosen Aussichten für unsere Zukunft und brachte damit durchaus nichts Neues. Das wissen wir ja alle, daß wir dem Zusammenbruch unrettbar entgegengehen, wenn nicht energisch für Abhilfe und Besserung gesorgt wird. Mit einer dringlichen Ertüchtigung der Umstände, die zu einer Produktionssteigerung im Bergbau geführt haben, ist dem Volke nicht gedient. Das Unheil läßt sich dadurch nicht abwenden. Die Steigerung des Bergbaues ist, wie der Minister ganz richtig ausführt, das erste Erfordernis. Wie lassen die Rede des Ministers hier folgen: „Eine Kohlennot greift gegenwärtig in ganz Europa. Die Ursache dieser Kohlennot, der Rückgang der Förderung ist meiner Ansicht nach im wesentlichen eine Nachwirkung des Krieges. Es hat im Krieg durchweg eine übermäßige Anspannung, sowohl der Bergwerksbetriebsleistungen, wie der Bergarbeiterstätigkeiten. Für uns in Deutschland kommt hinzu, daß wir wichtige Kohlenproduktionsgebiete verloren haben und auf der anderen Seite uns Lieferungen an die Entente aufgegeben sind, so hoch, daß es kaum möglich sein wird, das Ablieferungsquantum zu erreichen. Der Verbrauch ist schon so weit eingeschränkt, daß weitere Einschränkungen nahezu undenkbar sind, wenn nicht die schwersten wirtschaftlichen Nachteile eintreten sollen. Zuweilen hat man den Eindruck, daß bestimmte Arbeitergruppen streiken, nur um ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen. Sie müssen einsehen lernen, daß man in einer solchen Zeit liebgewordene Grundfälle im Interesse des Allgemeinwohl zurückstellen muß. Wie dem Unheil abzuwehren ist, dafür hat auch der Begründer der Interpellation, trotzdem er ein so ausgezeichneter Kenner des Bergbaues ist, nur sehr wenig Anregungen gegeben. Die Steigerung der Produktion ist das erste Erfordernis. Demgegenüber aber müssen wir die dringende Aufgabe feststellen, daß die Arbeiterschaft sich vom Bergbau abwendet, namentlich im Steinkohlenbergbau ist eine Zunahme der Belegschaften nicht festzustellen. Die Regierung untersucht gegenwärtig, inwieweit es möglich ist, die Arbeiterschaft im vermehrten Umfange nach dem Ruhrkohlenbezirk als dem wichtigsten heranzuziehen. An der Durchführung von Hilfsmitteln, wie die Besserung der Wohnungsverhältnisse, bessere Bekleidung, namentlich auch der ledigen Arbeiter, wird sie es nicht fehlen lassen. Nicht so ungünstig wie im Steinkohlenbergbau sieht es mit dem Braunkohlenbergbau. Hier ist eine Produktionssteigerung leichter wegen der Möglichkeit der Verwendung ungelerneter Arbeiter. Die Regierung ist bereit, den Forderungen der Arbeiterschaft hinsichtlich der Reform des Knappheitswesens zu entsprechen. (Lebhaftes Hört! Hört!). Für den Hausbedarf in den großen Städten wird durch die Stadtoberwaltungen Holz bereit gestellt werden müssen. Das größte Unheil ist die Verringerung des Transportwesens. Die Eisenbahnverwaltung ist heute nicht einmal mehr in der Lage, für die vollständige Abfuhr der Bestände zu sorgen. Mit Entsetzen sehr ich dem Zustande entgegen, der eintreten muß, wenn das Wagenmaterial für die Abfuhr von Kohle, Eisen, Alumen usw. in Anspruch genommen werden muß. Es bleibt kein anderes Hilfsmittel als die Einstellung des Personenverkehrs.“ Der Minister weist sodann auf die Nachwirkungen der Kommunisten hin, die durch ihre andauernde Streikpropa-

ganda das ganze Wirtschaftsleben zu gefährden suchen, und läßt fort: „Der oberstelektische Streik ist einer der heftigsten Unternehmungen, die auf diese Taktik zurückzuführen ist. Politisch fehlt der Arbeiterschaft die notwendige Aufklärung, um die gewissermaßen Agitatoren sich fernzuhalten. Diese Partei und ihre Organisation ist eine Gefahr, der mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden muß. Wenn die Regierung gegen die Parteiparole einer nicht einflussreichen Partei zu starken Mitteln greift, so tut sie es aus der Notwendigkeit, verderbliche Maßnahmen entgegen zu bekämpfen. Die kommunistische Partei hat ein politisches Programm, ihre Politik und ihre Taktik darauf einzurichten, daß unsere Wirtschaft schnell zerfällt. Nur unter unklaren und untreuen Köpfen kann sie ihre starke Anhängerzahl gewinnen mit dem verderblichen Bestreben, unser Wirtschaftsleben an den Rand des Abgrundes zu führen. Die Regierung ist dankbar für jede Anregung, die die Kohlennot behebt. Sie nimmt jede Unterstützung an, von der Gediegenheit und Sicherheit der deutschen Republik zu erwarten ist.“

Zur zweiten Beratung des Kohlengesetzes ist inzwischen von den Abg. Loh, Hur, Imbusch, Bollmeyer und Genossen eine Entschließung eingebracht worden, welche zur Behinderung der furchtbaren, als Folge der Kohlennot das Volk bedrohenden Katastrophe schnelle und durchgreifende Maßnahmen für eine erhebliche Erhöhung der Kohlenförderung und für einen regelmäßigen Abtransport fordert. Vor allem wird empfohlen: Erhöhung der Bergarbeiterlöhne, ein Reichsbrotgesetz, Erlass eines Reichsknappheitsgesetzes, schnelle und großzügige Beschaffung von Wohnungen, Einleitung von zwei vollen Förderabschnitten regelmäßige Befüllung von Eisenbahnmotoren, Durchführung der Sozialisierung. Danach wurde in die Besprechung eingetreten, die Abg. Hue (Soz.) eröffnete: Wenn es heute einigen wenigen parlamentarischen Wirkköpfen gelangt, ganze Belegschaften in den Bann ihrer Agitation zu zwingen, so beweist das nur, daß unsere Arbeiterschaft, auch die Beamtenschaft, durch den furchtbaren Krieg nervenkrank geworden ist. Die Bergarbeiter sind durch jahrelange Unterernährung so herabgekommene, daß Ueberführungen ihnen jetzt nicht zugemutet werden können. Nur kein Druck, kein Zwang, sondern gutes Zureden und vor allem gutes Essen! Wir haben den verantwortlichen Stellen in der Regierung andeutungsweise schon 1915, in aller Schärfe 1917 vorausgesagt, was kommen mußte. Der Redner schließt mit einer dringenden Mahnung zur Sozialisierung und mit der Aufforderung an die Arbeiterschaft, die nutzlose Agitation dagegen zu unterlassen. Unter Sozialisierung verstehe er im Bergbau die restlose Befreiung jeder Kapitalrente. Abg. Imbusch (3): Der Rückgang der Kohlenförderung hängt nicht allein von dem guten Willen und der Arbeitskraft der Arbeiter ab, er ist eine internationale Erscheinung, die sich in erster Linie auf die Kriegsverhältnisse gründet; auch haben die Arbeiter keine Lust, sich beim Gang zur Arbeit todschlagen zu lassen. Ein weiterer Grund ist das Sinken der Arbeitsfähigkeit und -Fruchtbarkeit infolge des Raubbaus, der an der Kraft des Arbeiters während des Krieges getrieben wurde infolge der schlechten Ernährung, nicht zuletzt auch infolge der ungerichteten und unwillkürlichen Behandlung. Um Abhilfe zu schaffen, sind vor allen Dingen notwendig: ansehnlich hohe Löhne. Auch die Lebensmittelversorgung reicht heute noch nicht aus. Durch sachtsichere Verhandlung der Arbeiter und günstigere Gestaltung der Renten wäre manches gewonnen. Wir mahnen ferner zur weitgehenden Kohlenersparnis durch Holz, Lauf und gerechte Verteilung der Kohlen. Ich richte an die Bergarbeiter den Ruf, noch einmal ihre ganze Kraft zusammenzureißen, um unser Wirtschaftsleben vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Abg. Böglner (D.D.P.): Bitterlich empfiehlt es sich, der Arbeiterschaft jeden zweiten Sonntag freizugeben, dafür aber wieder acht Stunden zu arbeiten. Das bedeutet eine Mehrförderung von 9-10 Millionen Tonnen jährlich. Damit könnte der ganze Bedarf Süddeutschlands und mehr an Steinkohlen gedeckt werden. Auch U-Lauf, Tarifverträge liegen sich damit vereinigen und ebenso würde für die Mehrstunden höherer Lohn bezahlt werden. Abgesehen von technischen Änderungen würde das Reichswirtschaftsamt gut tun, sich von der Beeinflussung durch die Politik loszumachen und den Reichswirtschaftsrat zu berufen. Wir richten die dringende Aufforderung an die Regierung, alles anzubahnen, um die Kohlenförderung und die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen zu erhöhen, um so ein nationales Unglück zu verhindern. Reichswirtschaftsminister Schmidt: In meinem Ministerium sind bereits Vorkarbeiten im Gange, um einen Reichswirtschaftsrat auf ganz freier Grundlage, vorläufig ohne Inanspruchnahme der Gesetzgebung zu schaffen. In seinem Schlußwort spricht Abg. Rumm (D.N.)

seine Besoldigung aus, daß sich angesichts der drohenden Katastrophe eine Front von Hugenberg über Imbusch bis zu Hue, abgesehen natürlich von den Unabhängigen, zu bilden im Begriffe sei. — Der Gesetzentwurf über die Regelung der Kohlenwirtschaft wird in allen drei Beratungen angenommen. Die Entschließung Loh-Hue wird unter Ablehnung von Änderungsanträgen der Unabhängigen angenommen, desgleichen eine Entschließung der Reichsparteien, wonach die Nationalversammlung an die Regierung und an alle Beteiligten im Volk die dringende Aufforderung richtet, alles anzubahnen, um eine Erhöhung der Förderung im deutschen Kohlenbergbau und der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen bis zur äußersten Grenze, sowie die größte Sparsamkeit im Verbrauch der Brennstoffe herbeizuführen. Nur so könne das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft vor neuem nationalen Unglück bewahrt bleiben, das bei dem Versagen der Kohlenlieferung im kommenden Winter unfehlbar über uns hereindringen würde.

Tagesneuigkeiten.

Unsere Gefangenen.

Berlin, 15. Aug. Auf einen offenen Brief des Bundes deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen an den Reichspräsidenten Ebert hat der Präsident mit folgendem Schreiben geantwortet:

Schwarzburg, 15. Aug. 1919.

Der an mich gerichtete offene Brief wegen der Freilassung unserer Kriegsgefangenen ist zu meiner Kenntnis gekommen. Daß die deutsche Regierung mit allen Mitteln bemüht ist, eine baldige Freilassung unserer Gefangenen zu erzielen, werden Sie aus der Nationalversammlung erfahren haben. Die deutschen Frauen dürfen überzeugt sein, daß auch ich mein Herz an diese Sache gehängt und die Regierung nach Kräften in ihrem Vorgehen bekräftigt habe. Wir haben zwar bisher den gewünschten Erfolg in dieser Frage der einsamen Menschlichkeit nicht erreicht. Das wird uns jedoch nicht abhalten, auch weiter auf unserem Bestreben zu beharren. Dem in dem offenen Brief ausgesprochenen Wunsch nach einem Vorgehen meinerseits glaube ich nicht besser entsprechen zu können als daß ich den Brief, dessen Worte in eindringlicher und unmittelbarer Weise das elementare Recht der Angehörigen auf die Wiedergabe ihrer unentbehrlich zurückgeholten Lieben zum Ausdruck bringen, durch Funkpruch aller Welt, der Entente und den neutralen Regierungen, zur Kenntnis bringe.

(Ost.) Ebert.

Amsterdam, 15. Aug. Den englischen Bildern vom 13. Aug. zufolge erklärte Churchill in der Unterhausung vom 13. Aug., das britische Kriegsamt habe wiederholt um die Erlaubnis nachgefragt, die deutschen Kriegsgefangenen heimzuführen zu dürfen. Er bedauere sehr, daß es dem Kriegsamt bisher nicht gelungen sei, vom obersten Rat die Ermächtigung zu erhalten, mit der Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen zu beginnen.

Deutschlands neue Grenzen.

Berlin, 16. Aug. Wie verschiedene Morgenblätter berichten, hat der allierte Rat der Friedenskonferenz beschlossen, die Absteckung der neuen deutschen Grenzen durch besondere gemischte Kommissionen bis Ende März n. J. durchzuführen. Da die Grenzführung in Oberschlesien, Nordhessen und Teilen Westpreußens von dem Ausfall der Volksabstimmung abhängt, soll die Abstimmung in allen Bezirken noch im Laufe dieses Jahres stattfinden und spätestens bis Ende Dezember erledigt sein.

Ein Appell an die Bayern.

Bamberg, 16. Aug. Abgeordnete aller Parteien richteten an die bayerische Bauernschaft einen Aufruf, in dem die Bayern ermahnt werden, den gefährlichen Ausschlägen Unverantwortlicher zum Eintritt in einen Lieferstreik kein Gehör zu schenken. Der Streik sei gegenwärtig ein Aktat auf die staatliche Ordnung und ein Angriff gegen das Volk. Er würde erneute Unruhen und unsagbares Elend bringen.

Stützen des Staates.

Berlin, 16. Aug. Im Kolen „Tag“ sagt General der Infanterie z. V. Freiherr v. Freytag-Loringhoven: Zum Glück vermag keine Revolution, sofern sie nicht in bolschewistische Bahnen einlenkt, ganz mit dem Viten zu brechen. Das ist nicht einmal der französischen Revolution von 1789 gelungen. Wenn bei uns seit dem 9. November 1918 der Staat zusammenfiel, und wir vor dem völligen Chaos bewahrt geblieben sind, so ist das wesentlich dem Besitztum und dem Offizierskorps des alten Staates zu danken. Die Errungenschaften der Demokratie sind nur dann zu behaupten, wenn sie nicht die Herrschaft der



Massen bedeuten sollen. Eine solche steht der vernünftigen und weitherzigen Sozialpolitik am meisten entgegen.

Forderung des Abbaues der Zwangswirtschaft.

Weimar, 16. Aug. Der Nationalratssammlung ist heute ein demokratischer Antrag zugegangen, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, den planmäßigen Abbau der Zwangswirtschaft für Erzeugnisse der Landwirtschaft in folgendem Sinne in die Wege zu leiten: 1. Die Bewirtschaftung des Getreides, ist auf Brotgetreide zu beschränken. 2. Fleisch und Milch sind nur noch in Mengen des Bedarfs für Kranke und Kinder zu bewirtschaften. 3. Ebenso ist die Zwangswirtschaft für Kartoffeln im Falle einer guten Ernte aufzuheben. Auf jeden Fall sind Landwirtschaft mit einer Kartoffelbaufläche von unter 2 Hektar von der Zwangsbewirtschaftung zu entlasten. 4. Die Zwangswirtschaft für alle sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist sofort aufzuheben. 5. Die Höchstpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind unter Berücksichtigung der wichtigsten Ge- und Verbrauchsgüter, sowie der Arbeitslöhne angemessen zu gestalten.

Keine japanischen Truppen gegen die Bolschewisten.

Amsterdam, 16. Aug. „Associated Press“ meldet aus Tokio, daß die japanische Regierung nach einer Beratung zwischen dem Ministerium und dem Rat für diplomatische Angelegenheiten beschlossen hat, Koltschak mitzuteilen, daß Japan seiner Seite um Entsendung mehrerer japanischer Divisionen gegen die Bolschewisten nicht nachkommen könne.

Ein italienisches Kriegsschiff gesunken.

Amsterdam, 16. Aug. „Daily Mail“ meldet aus Suez, daß das italienische Kriegsschiff „Basilicata“ am Eingang des Kanals infolge Kesselexplosion gesunken ist. Die Verluste an Menschenleben sind erheblich.

Ganz Oberschlesien ohne Kraft und Licht.

Beuthen, 16. August. Nachdem bereits Donnerstag nachmittag von der elektrischen Zentrale Zaborze die Abgabe von Kraft und Licht unterbrochen wurde, ist auch in den übrigen oberschlesischen Bezirksnetzen Deutsches, Polnisches und Tschechisches die Abgabe von elektrischer Kraft Freitag nachmittag eingestellt worden. Ganz Oberschlesien ist also wiederum ohne elektrische Kraft und ohne elektrisches Licht. Das Geschäftsleben ist vollkommen lahmgelegt. Auch alle nicht stromabhängigen Betriebe sind zur Arbeitsunterbrechung gezwungen. Nachdem die Verhandlungen zwischen der Staatsregierung, den Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu einer Einigung geführt haben, ist damit zu rechnen, daß wenigstens der Lichtstreik heute beendet wird.

Krieg zwischen Polen und Tschechen?

Wien, 16. Aug. Die Blätter bringen eine Meldung des schwedischen Blattes „Venkon“, daß die Polen zu einem neuen Krieg gegen die Tschecho-Slowaken entschlossen seien. Die polnischen Blätter sollen die Sendung eines Ultimatum an den tschecho-slowakischen Staat verlangen. Dem tschecho-slowakischen Blatt „Dennik“ zufolge stehen jetzt in der Umgebung Tschschens 60000 Polen mit Barker Artillerie bereit.

Ein deutsch-amerikanischer Sonderfrieden.

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten hat uns im Kriege unerwartete Überraschungen bereitet. Nun, nachdem Präsident Wilson seinen Namen als erster der Viererbandenvertreter unter dem Versailles Friedensvertrag gesetzt hat, wartet es mit neuer Überraschung auf. Der „New York American“ ein beachtenswertes Blatt berichtet, daß verschiedene Senatoren beabsichtigen, darauf zu dringen, daß Amerika einen Sonderfrieden mit den Mittelmächten schließe. Hierdurch würde die künftige politische Lage Amerikas erheblich vereinfacht werden, und man brauche nicht auf allerhand imperialistische Wünsche und Gelüste Europas Rücksicht zu nehmen. Zweifellos gehören diese Senatoren der republikanischen Gruppe des Bundeskongresses an, die Herrn Wilson das Leben schwer macht. Nun ist gewiß richtig, daß die nordamerikanische Union durch die Wilson'sche Kriegspolitik in bedenklichem Maße in die Kreise der europäischen Politik hineingezogen worden ist, daß sowohl die Staatserziehung einer engen Interessengemeinschaft mit England als auch der Militärvertrag mit Frankreich die große transatlantische Republik in politische Abhängigkeiten verflochten hat, die seiner Aktionsfähigkeit auf der asiatischen Seite ein Eintrag sein könnten. Andererseits freilich ist nicht zu ersehen, wie jetzt, nach Abschluß des Versailles Vertrages, die europäischen Mittelmächte sich gegenüber Amerika zu nachträglichen Verhandlungen über einen Sonderfrieden bereit finden lassen könnten. Wäre die Erkenntnis der wahren politischen Ziele Wilsons in Amerika früher zum Durchbruch gelangt, dann hätte viel Unglück und manche empfindliche Schädigung auch amerikanischer Interessen verhindert werden können. Die Umnebelung durch Wilsons Phantasiewelt ließ es nicht zu.

Die politische Lage in der Pfalz.

Berlin, 16. Aug. Die politische Lage in der Pfalz drängt zur Entscheidung. Ein Teil der Zentrumspreffe behandelt das Aktionsprogramm der bayerischen Regierung mit Hohn und Spott und prophezeit als allernächste Rettung für die Pfalz den Anschluß an die in Gründung begriffene rheinische Republik. Der Bund „Freie Pfalz“ versucht, diese unerwünschte Konkurrenz der rheinischen Republik durch eine verstärkte, unglaublich zersetzende Agitation gegen die pfälzisch-bayerische Regierung unschädlich zu machen, und drängt zu einem gewaltsamen Bruch mit Bayern u. Deutschland. Die französische Besatzungsbehörde gewährt beiden vollständige Freiheit, unterdrückt aber rücksichtslos jede Meinungs-

äußerung der Presse für Festhaltung an Deutschland. Versammlungen der deutsch gesinnten Elemente werden nicht genehmigt. Dagegen dürfen die Haas und Genossen und auch die U.S.P., die mit Haas und Genossen zusammengehen soll, ruhig alle Versammlungen abhalten. Haas und Genossen im Bunde mit einigen U.S.P. beabsichtigen einen gewaltsamen Putsch in den nächsten Tagen, da sie volle Bewegungsfreiheit haben — sie haben Wagen und französische Automobile — in die Gefahr für die Pfalz viel größer wie am ersten Juni. Möge auch dieser Putsch in der neutralen Presse wiederholt werden.

Amerika und der Frieden.

Amsterdam, 16. Aug. Manchester Guardian meldet aus Washington, daß eine zuverlässige Schätzung der Stimmenverteilung im amerikanischen Senate ergibt, daß 41 Senatoren für die vorbehaltlose Annahme des Völkerbundes und des Friedensvertrages sind. 31 Senatoren sind unbedingt dagegen, wenn nicht einschneidende Änderungen vorgenommen werden. Ueber die Ansicht von 24 Senatoren bezüglich ihrer Wünsche und Vorbehalte oder Auslegungen herrscht Unklarheit. Für die Ratifikation sind 64 Stimmen notwendig.

Herabsetzung der Kohlenforderung der Entente.

Berlin, 16. Aug. In der Kohlenkrise ist insofern eine Erleichterung zu verzeichnen, als die Entente erklärt hat, daß sie vorläufig auf die volle Erfüllung jener Bestimmungen des Friedensvertrages, die das deutsche Reich zur Lieferung von 40 Millionen Tonnen Kohlen jährlich verpflichten, nicht besteht. Nach dem Vertrage hätte Deutschland vom Zeitpunkt der Ratifikation an monatlich 8 1/2 Millionen Tonnen an die Entente, d. h. an Frankreich, liefern müssen. Diese Abgabe hätte gerade im Spätherbst begonnen, wo der Kohlenmangel sich bei uns recht spürbar machen wird. Die deutschen Unterhändler haben nun aus Verlaß die Mitteilung gebracht, daß die Entente sich nach längerem Bedenken bereit erklärt hat, sich vorläufig mit einer Leistung von monatlich 1 1/2 Millionen Tonnen, also gerade der Hälfte, zufrieden zu geben. Dieses Zugeständnis ist nur aus Widerwillig gemacht worden und es ist nicht anzunehmen, daß die Entente auf die Dauer sich mit der Hälfte der Kohlenlieferung begnügen wird. Immerhin bedeutet der Bericht auf 1 1/2 Millionen Tonnen monatlich für die kommende Winterzeit eine Erleichterung der Kohlenversorgung im Inlande.

Kleine Nachrichten.

Weimar, 15. Aug. Wie hier verlautet, wird Reichspräsident Ebert am kommenden Mittwoch in der Nationalversammlung feierlich den Eid auf die Verfassung ablegen.

Weimar, 16. Aug. Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung nahm gestern die Schiffsverkehrssteuern, die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren ohne wesentliche Veränderungen an.

Stockholm, 15. Aug. Der König von Schweden empfing gestern den deutschen Gesandten Freiherrn von Loeb in Privataudienz.

Amsterdam, 15. Aug. Laut Telegramm hat die englische Regierung beschlossen, die S.M.-Freier Organisationen in der irischen Grafschaft Clare als ungesetzliche Vereine aufzulösen.

Amsterdam, 15. Aug. Den englischen Blättern vom 13. 8. zufolge, erklärte Bonar Law in der Unterhausrede vom 12. 8. auf die Anfrage Kennedys, ob die Regierung die Versicherung geben könne, daß keine ungarische Regierung anerkannt werden würde, die nicht aus freien Stücken vom ungarischen Volke gewählt worden sei, diese Forderung könne seines Erachtens nicht gestellt werden. England könne nur seine eigene Regierung und nicht die Regierung eines anderen Landes kontrollieren.

Amsterdam, 15. Aug. Die englischen Blätter vom 13. August bringen eine Meldung aus Kairo vom 7. 8., wonach in Ägypten ein Generalstreik droht. In Alexandria sind die Postarbeiter, in Kairo die Straßenbahnangestellten in den Ausstand getreten.

Rotterdam, 16. Aug. Laut „Nieuwe Rotterdammer Courant“ ist der Dampfer „Gulfjord Castle“ mit 119 Männern, 81 Kindern und 62 Frauen, alle deutscher Staatsangehörigkeit, aus Deutsch-Südwestafrika in Rotterdam eingetroffen.

Rotterdam, 16. Aug. Nach einer Meldung des Pressedirektors Radio erklärte Camberlein auf eine Anfrage im Unterhaus, daß der finnische Regierung die Erlaubnis erteilt wurde, in England eine Anleihe aufzunehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß das Ergebnis zum Einkauf von Waren in England verwendet wird.

Hong, 14. Aug. Aus London wird gemeldet: Die britische Regierung veröffentlicht in einem Weißbuch das Gutachten einer britischen Kommission, die die Lage in Deutschland geprüft hat. Die Kommission schlüsselt, daß es zwei Generationen dauern wird, bis das deutsche Volk seine frühere Tat- und Arbeitskraft wieder erlangt haben wird. Sedenfalls kann es auf längere Zeit keine Bedrohung für die Ruhe Europas bilden. Es braucht sofort Nahrung für seine Arbeiter, Fütter und Dünger für den Ackerbau und Rohmaterialien für die Industrie; aber wenn auch die Entente diese zur Verfügung stellen kann, wird es noch Jahre dauern, ehe die frühere Wohlfahrt zurückgekehrt sein wird.

Verailles, 16. Aug. Aus einem stark zensurierten Artikel des „Populaire“ geht hervor, daß es im Elsaß fortgesetzt zu Zusammenstößen zwischen französischen Soldaten und Zivilisten mit Eingeborenen, die deutschsprechen, kommt.

Verailles, 16. Aug. Nach einer Nachricht des „Temps“ aus der Schweiz hat sich der Bruder der ehemaligen Kai-

serin von Oesterreich, Prinz Felix von Bourbon-Parma, mit der Großherzogin von Luxemburg verlobt. Er habe um Einreiseerlaubnis nach Luxemburg nachgesucht. Gleichzeitig habe er die österreichischen Regierungen seiner Treue und Abhängigkeit versichert.

Verailles, 16. August. „Journal“ läßt sich in einem längeren Artikel seines Mainzer Sonderberichterstatters melden, der Gedanke der Rheinischen Republik habe erheblich an Ausdehnung gewonnen. Er läßt durchblicken, daß die Sache soweit gediehen sei, daß Dr. Vorken der Wunsch nach einer Volksabstimmung vom obersten Räte wahrscheinlich nicht wieder abgelehnt werde.

Weimar, 16. August. In der heutigen Sitzung des sozialen Ausschusses der Nationalratssammlung kündigte Unterstaatssekretär Schulz die baldige Vorlage eines Reichsjugendbeschutzes an.

Verailles, 16. Aug. Humanité bringt einen Artikel unter der Überschrift „Die Gerechtigkeit in Elsaß-Lothringen“ der mit den Worten beginnt: „Fast ein halbes Jahrhundert haben die Deutschen vergeblich versucht, Lothringen zu germanisieren. Ein Jahr nach der Besetzung werden die Franzosen sich rühmen können, die Lothringier so weit gebracht zu haben, daß sie sich wieder noch der deutschen Herrschaft lehnen.“

Braunschweig, 16. Aug. Die Landarbeiter des Kreises Blankenburg am Harz sind, wie das Blankenburger Kreisblatt berichtet, gestern in den Streik getreten. Sie fordern höhere Löhne und Einführung eines Tarifes.

Vermischtes.

— **Eingestelltes Verfahren.** Das vom Generalobersten v. Döberlein, dem früheren Generalgouverneur von Polen, gegen sich selbst beantragte gerichtliche Verfahren ist eingestellt worden, weil das untersuchende Gericht weder auf militärischem noch politischem Gebiet einen Anlaß zu weiterer Verfolgung fand.

— **Kommunistische Wählererei in Hof.** Trotz aller Ablehnungsversuche muß festgestellt werden, daß in Hof alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um schon in nächster Zeit im Einvernehmen mit der tschechischen U.S.P. die dortige Regierung zu stürzen und die Kaiserrepublik auszurufen. Der Hauptführer der Bewegung ist der Landtagsabgeordnete Blumtritt. Den revolutionären Bestrebungen leitet die besonders unglückliche Verpflegungslage der Stadt Hof. Die Industrie liegt völlig darnieder. Die Arbeitslosigkeit ist sehr groß.

— **Frauentemonstration vor der Reichskanzlei.**

In Berlin fand eine von mehreren tausend Frauen besetzte Versammlung statt, in der hervorragende Führerinnen der Frauentemonstration über die Lage der Kriegsgefangenen sprachen wollten. Während der Versammlung machte sich eine sehr große Nervosität bemerkbar. Die Frauen besaßen sich von Anfang an in größter Erregung. Sie weinten und ließen kaum eine der Rednerinnen zu Worte kommen. Es wurde vorgeschlagen, einen Kreuzzug der Frauen zu unternehmen, aber die Grenzen zu gehen und sich die Gefangenen aus dem Stachelbrakt zu holen. Als eine Schwester Monika vor einem unbefangenen Vorgehen warnte, wurde sie niedergeschrien. Als sie dann um praktische Vorschläge bat, wurde ihr geantwortet: „Wir müssen die Regierung zum Teufel jagen!“ Es wurde schließlich beschlossen, diesbezügliche Forderungen an Japan und Amerika zu richten. Sodann wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus ehemaligen Kriegsgefangenen und Angehörigen der Kriegsgefangenen, die sich mit der Regierung in Verbindung zu setzen hat.

— **Das Eisernen Kreuz.** Mehrere tausend Eisene Kreuze sind, wie die „Bad. Presse“ erzählt, von der Regierung in Auftrag gegeben worden. Sie sind teils für die aus der Gefangenenschaft befreiten Kriegler bestimmt, teils für Angehörige der Grenzschutztruppe.

— **Die Ledernot.** Der Sächsischer Schuhmacher-Innungsverband hat an die Nationalversammlung eine Petition gesandt, in der er schnelle Maßnahmen gegen die Ledernot fordert und sagt: Seit Monaten ist in den meisten Bezirken kein Sohlleder mehr verteilt worden, obwohl die Vorratskammer der Lederfabriken in Dresden, Riesa, Meerane, Plauen usw. voll fertigen Waren stehen. Anfang Juni sind noch 700 000 Quadratfuß feinere Sorten Vorleder von Deutschland nach Oesterreich geliefert worden. Wir behaupten, daß die Hälfte allen Ober- und Unterleders in Deutschland für die wahnsinnigsten Preise im Schleichhandel vertrieben wird. Die Petition fordert entweder sofortige Freigabe des innergehobenen Leders und Unterbindung des Schleichhandels oder gänzliche Freigabe des Leders.

— **Bewirtschaftung der Tabakernte 1919.** Mannheim, 15. 8. Es ist in letzter Zeit in den Zeitungen verschiedentlich die unrichtige Mitteilung erschienen, daß die Tabakernte 1919 nicht mehr der Zwangswirtschaft unterliegt, sondern der Tabakpflanzer seinen Tabak frei abgeben könne. Das ist nicht der Fall. Der Tabakpflanzer darf nach wie vor nur an diejenigen Händler liefern, die einen Bezugschein von der bewirtschafteten Tabakhandelsgesellschaft, Abteilung Mannheim (Delag) besitzen. Beantragt ist eine Erhöhung des bisherigen Abgabepreises von 120 bis 200 M für den Zentner auf 325 bis 450 M. Nur solchen Nachrichten über die Bewirtschaftung von Tabak sind Glauben zu schenken, die von der Deutschen Tabakhandelsgesellschaft in Mannheim, bezw. Bremen oder von Behörden bekanntgegeben werden, weil falsche Nachrichten von interessierter Seite in die Welt gesetzt werden.

— **Im Feuer ausgekommen.** Hadamar bei Limburg, 14. Aug. In der letzten Nacht brach in dem Hause des Schreinermeisters Meißner auf dem Neumarkt Feuer aus, wobei die Frau und fünf Kinder in den Flammen umkamen. Nur der Mann selbst u. ein Sohn konnten sich retten.

Mittellun
Unruhen
Offiziere
Berliner
aus dem
worden.
Urheber
ang Van
Berliner
von den
des Ur
Beitrag
die Zehn
des Neun
Größe
auftritt.
den Besch
Alter be
ohne daß
Mit Sch
afrikanis
keit, son
übertrag
dann b
Kranken
ermachen
an der K
man zur
Anomalie
liche Be
Zwangsl
vor der
hang dar
din Cor
„einfall
Kind von
hitzigkei
Zahnst
und sie
ke nicht
schleß
schleß
erndet
möglich
ste endl
Mutter g
liche gef
ein weite
„Knob
sal der
* W
Woden
nifolus
einem
Katholik
benesse
gangen
wöhlich
* W
Abwickl
mit den
1919 in
internie
vom Tag
Bezug
Woden
gen Begr
die Mil
* W
Friedens
wichtiger
sprach,
Hörte
dos arbei
sehr gelit
Friedens
Kindheit
Steigerung
hellen
Nähe
heitsome
durch die
besonders
Dartflech
der guten
gesundhe
* W
Krieger
helfen
verständi
Professor
* W
langen
Sticht
Freude
Er war
raten und



ban-Firma, Er habe...

ich in einem...
statters un...
nde erheblic...
er, daß die...
Wunsch nach...
hauptsächlich

Sigung des...
g kündigte...
ines Reichs...

den Artikel...
Lohstrungen...
Bayerndes...
zu germani...
Franzosen...
gebracht zu...
Herrschost

den Kreis...
zuzer Reis...
Sie fordern

om General...
reneur von...
Verfahren...
richti weder...
Anlaß zu

Hof. Trotz...
in, daß in...
in schon im...
hen U. S. P...
Ritterpublik...
der Land...
Bestrebun...
ungslage der...
erleider. Die

schlangel...
ein besuche...
reinan in...
vergangen spre...
sich eine...
be fanden...
ke kom neu...
Frauen zu...
nd sich die...
Als eine...
Vorgehen...
dann um...
sfor: „Wir...
Es wurde...
e an Japan...
Kommission...
ngen und...
der Regle...

end Eisene...
on der Re...
nd teils für...
er bestimmt,

schmacher...
nung eine...
gegen die...
den mußten...
obwohl die...
n, Merrane...
Anfang Juni...
n Oberlede...
rden. Wie...
sterlebers in...
gleichhandel...
er sofortige...
bindung des...
nders.

19. Mann...
verschiedent...
Tabakerie...
sondern der...
e. Das ist...
vor nur...
gsheln von...
Mannhelm...
des bishe...
den Zentner...
n über die...
schmcker, die...
Mannheim...
den werden...
in die Welt

mar bei Lin...
dem Hause...
markt Feuer...
kommen un...
sich retten.

Chemnitzer Opfer. Dresden, 16. Aug. Nach Mitteilungen von zuständigen Stelle sind bei dem Chemnitzer Unruhen acht Offiziere und zehn Soldaten getötet und sechs Offiziere und 85 Soldaten verwundet worden.

Dr. Docten ausgewiesen. Berlin. Wie der Berliner Lokalanzeiger aus Köln erzählt, ist Dr. Docten aus dem von den Engländern besetzten Gebiet ausgewiesen worden.

Jugenzusammenstoß. Nancy, 15. Aug. Ein Umlaufzug von Metz fuhr bei Lunéville auf dem Expresstrasse von Paris-Strasbourg. Der Pariser Zug hatte keine Besatzen, der Umlaufzug 8 Toile und 34 Besatzen, von denen einige hoffnungslos verletzt sind. Die Ursache des Unglücks ist das Verlegen eines Signals.

TK. Neues von der „Salafinplage“ in Britisch-Kolumbien. Schon vor einiger Zeit wuchsen die Zeichnungen vom Kurbruch einer epidemischen Erkrankung des Menschen zu werden, die leuchtend gelblich der Grippe in Britisch-Kolumbien, vor allem auf Vancouver, aufsteht. Nach weiteren dem „Zeit. Korresp.“ eingehenden Berichten wärden davon hauptsächlich Kinder in jedem Alter betroffen; sie verfielen in einen tödlichen Schlaf, ohne daß es gelang, sie wieder zu erwecken. Bei dieser Art Schlafkrankheit handelt es sich jedoch nicht um die afrikanische, von der „Zeit-Veri.“ übertragene Schlafkrankheit, sondern um eine durch Rickettsien (Ricketts) übertragene Grippe. Neuerdings wärden auch Erwachsene davon befallen. Der Verlauf ist stets der gleiche. Die Kranken schlafen ein, schlafen Tage und Nächte und erwachen nicht wieder. So starb nach weichenlangem Schlaf an der Krankheit ein junges Mädchen in Aberton. Als man zur Öffnung der Leiche schritt, war nicht die geringste Anomalie zu entdecken. Herz und Lunge wären die übliche Beschaffenheit auf; auch der sonstige Körper der Zwanzigjährigen deutete eher auf ein junges, als auf ein vor der Zeit beendetes Leben hin. In diesem Zusammenhang darf erwähnt an den 32-jährigen Schlaf der Schwedin Caroline Olson erinnert werden, die im Jahre 1875 „einschlief“ und erst im Jahre 1907 „aufwachte“. Als Kind von 14 Jahren war sie eines Tages von der Schule hingerufen, indem sie sich über außergewöhnlich heftige Zahnschmerzen beklagte. Man brachte die Kleine zu Bett, und sie schlief sehr bald ein. Am nächsten Morgen erwachte sie nicht, auch nicht im Laufe des nächsten Tages; sie schlief die zweite Nacht durch, ohne zu erwachen, sie schlief eine Woche und mußte endlich auf künstliche Weise erweckt werden, da trotz aller Mittel ein Erwachen nicht möglich war. Und so schlief sie 32 Jahre. Als sie endlich „aufgewacht“ hatte, war ihr erstes, nach der Mutter zu reden; diese hatte jedoch inzwischen das Zeitliche gesegnet. Ihre Brüder eilten herbei, doch die Schöne weigerte sich, sie zu erkennen; denn ihre Brüder seien „Roaber, aber keine blauen Männer“. Das weitere Schicksal der Caroline Olson verläuft durchaus normal.

Aus Stadt und Bezirk.

Regold, 18. August 1919.

Aus der kathol. Gemeinde. Das vor einigen Wochen im kathol. Deutschland gefeierte 1200-jährige Bonifatiusjubiläum hat den päpstlichen Stuhl veranlaßt in einem Schreiben, welches am gestrigen Sonntag, die deutschen Katholiken besonderer Gunst und weiterer Freundschaftsbeweise des hl. Stuhles zu versichern und ihnen, wie dem ganzen deutschen Volke recht baldige, bessere Zeiten zu wünschen.

Gebührnisse für die Salonstruppen. Die Abwicklungsstelle der 7. Landwehr-Division teilt mit: Die mit dem Dampfern „Barna“ und „Stambul“ an Ostern 1919 in der Heimat eingetroffenen und zuletzt in Saloniki internierten Angehörigen der 7. Landwehr-Division sind vom Tage des Eintreffens in der Heimat an gerechnet zum Bezug von Urlaubsgeldbeträgen auf die Dauer von acht Wochen berechtigt. Die Gebührnisse sind bei den zuständigen Bezirkskommandos abzurufen. Als Ausweis dienen die Militärpapiere.

Friedensleise. In einigen Wochen wird die erste Friedensleise wieder verteilt werden. Dieses Ereignis ist wichtiger als man im allgemeinen annimmt. Der Anspruch, daß der Seifenverbrauch ein Gradmesser für die Höhe der Kultur sei, hat sich im Kriege bestätigt. Gerade das arbeitende Volk hat unter dem Mangel an guter Seife sehr gelitten, denn die anderen haben sich ja auch weiter Friedensleise geleistet. Besonders wichtig ist es, daß das Kinderspiel, infolge des Seifenmangels eine bedeutende Steigerung erfahren hat. Auch die ansteckenden Krankheiten konnten sich durch den Seifenmangel in erhöhtem Maße verbreiten. Wie die Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes über die Schädigung der deutschen Volkskraft durch die Blockade, die jetzt erschienen ist, ausführt, haben besonders die Hautkrankheiten sehr zugenommen, wie Krätze, Bartflechte, Furunkulose. Somit ist das Wiedererschweigen der guten Kernseife für das arbeitende Volk von größtem gesundheitlichem Wert.

Altensteig, 16. Aug. Zu Ehren der gefallenen Krieger von hier soll in der Schloßberganlage ein Heldengarten von deutschen Eichen errichtet werden. Als Sachverständiger zur Ausführung dieser Anlage wird Herr Professor Felix Schuster-Stuttgart berufen.

Walldorf, 16. Aug. Nach genau einjähriger Gefangenschaft in England ist gestern der Schriftsteller Wilhelm Sichel von hier, Sohn des Christian Sichel, zur großen Freude seiner Angehörigen in die Heimat zurückgekehrt. Er war beim Regt. 180 verwundet in Gefangenschaft geraten und ist nun endlich als teilweise arbeitsfähig über-

Empfehl den Gesellschafter!

Dover und Rotterdam noch Hause gerandt worden. Der Aufenthalt in England wird dem jungen Manne eine wenig angenehme Erinnerung bleiben, da die Behandlung bei den Engländern keine gute war, trotzdem sie besser gewesen ist, als bei den Franzosen.

Wilderbach, 17. Aug. Das am Tage des Herrn unter Leitung des Herrn Missionsinspektors Pastor Courper-Liebengut hier stattgehabte Gemeinschaftsfest nahm einen anregenden Verlauf und konnte dank günstiger Witterung im Freien stattfinden. Umrahmt war die von hier und den benachbarten Gemeinden sehr zahlreich besuchte Gemeinschaftsfest von geistlichen, lieblichen Liedern, vortragenden von Sängern von hier und auswärts.

Aus dem übrigen Württemberg.

Calw, 18. Aug. Das unvernünftige Verhalten des Publikums auf den Bahnhöfen hat hier gestern fast ein junges Menschenleben gefordert. Nachdem der Abendzug aus Stuttgart eingelaufen war, wurden an diesen für die Rückfahrt mehrere Wagen angehängt. Schon als sie noch im Fahren begriffen waren, stürzten die Ausflügler trotz aller Warnungen des Bahnpersonals wie die Beseffenen auf die Wagen los. Dabei wurde ein junger Mann mit knapper Not nur durch die Gießwasserwanne eines Bahnbeamten, der den Bedrohten rasch zurücksetzte, vor einem schrecklichen Tode bewahrt, er wäre sonst unfehlbar zwischen den Wagern vermalmt worden.

Freudenstadt, 16. Aug. Der Gemeinderat hat den Termin für die Stadtwahl am Sonntag, den 14. September 1919 festgesetzt. Die Vorstimung der Bewerber findet am Sonntag, den 7. September, nachmittags 2 Uhr in der Turnhalle statt.

Klosterreichenbach, 14. August. Nachdem bei den Verhandlungen über die Aufbringung der Straßenverbreiterkosten ein befriedigendes Ergebnis erzielt wurde, hat die Generaldirektion der Staatsbahnen den Zuschlag für das erste Arbeitslos (Strecke Klosterreichenbach-Kölsch) der Firma Gebr. Gasser-Solersbrunn erteilt. Mit den Bauarbeiten wird am Montag den 18. August begonnen.

Wildbad, 16. Aug. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag wurde im hiesigen Meschloch ein schwerer Einbruch verübt. Von Edler, der an der Arbeit an seiner Arbeit durch zurückkehrende Hausbewohner gefasst wurde, fielen 560 M. in die Hände. Der Erlösbetrag, der in verschlossenem Schreibrübel war, betrug 2000 M.

Oberndorf, 16. Aug. In der letzten Sitzung des Gemeinderats erteilt Stadtschulrat Hader einen schweren Ohnmachtsanfall. Sein Befinden ist bedenklich, denn er hat das Bewußtsein nicht wieder erlangt. Es scheint sich um Hornblutvergiftung zu handeln, da Heiler schon seit längerer Zeit niederleidend ist.

Tübingen, 16. Aug. Professor Dr. Paul von Baumgarten, der am 1. Oktober aus dem Amt schiedende Vorstand des pathologischen Instituts, hat sich in dessen Hofsaal von den versammelten Dozenten und klinischen Studenten der medizinischen Fakultät feierlich verabschiedet, wobei ihm der Vorstand der Klinikerschaft einen Lorbeerkranz überreichte.

Stuttgart, 16. Aug. Die Staatsfinanzverwaltung hat das Hotel Silber gekauft, um dort bis auf weiteres die Generaldirektion der Posten und Telegraphen unterzubringen, die in dem Gebäude des Postamt I wegen der fortgeschrittenen Betriebsverteilung keinen Raum mehr findet. Ein Neubau war schon vor Jahren vom Landtag beschlossen, ist aber wegen des Krieges unterblieben. Das Hotel wird noch bis Ende September als solches weiter betrieben und geht am 1. Oktober in den Besitz des Staates über.

Stuttgart, 16. Aug. Von welcher „Gefahr“ Württemberg während der Münchner Räteherrschaft bedroht war, das erzählt man aus einem Brief des damaligen bayerischen Ministers des Innern Dr. Lipp an den „Verkehrsminister“ Baulmann, den die Zeitschrift „Feurio“ mitteilt und der lautet: „Mein lieber Amtsbruder! Ich habe an Württemberg und die Schwere des Krieges erzählt, weil diese Hände nicht die 65 Lokomotoren wie sofort leihweise überlassen haben. Ich bin sicher, daß wir sitzen, außerdem werde ich den Segen des Postes, mit dem ich gut bekannt bin, für diesen Sieg einsetzen.“ Dr. Lipp war und ist unzurechnungsfähig, aber das hindert nicht, daß die Unabhängigen und Kommunisten ihn zum bayerischen Minister machten und ihm das Schicksal von Millionen anvertrauten.

Waiblingen a. E., 16. Aug. Der angekündigte Mühlensstreik wird bis auf weiteres unbedenklich. Die Selbstversorgung können wie bisher gegen Mühlensstreik mahlen.

Waiblingen a. E. Amtsrichter Julius Schwend, der einer alten Besiegerfamilie entstammte, und ein Sohn des noch lebenden vierjährigen Herausgebers des „Haller Tagblatts“, Emil Schwend her, war, ist hier im Alter von 46 Jahren infolge eines Schlaganfalls gestorben.

Wadmann, 16. Aug. Die jenseitig gemiedene Lohnbewegung der Heizer, Maschinisten und Betriebschlosser hatte einen nur vorübergehenden Streik zur Folge, der durch einen Vergleich rasch wieder geendet wurde.

Rickheim u. E. Der hiesige Bahnhof, sowie die nächste Umgebung lag neulich nachts unter lebhafter Feuer. Vom Gemüthelichter Feld herüber krachten rasch aufeinander eine Anzahl Schiffe. Die Rugein pflüchten um die Ohren der Bahn- und Postbediensteten, auch im Mannschaften einer Sicherheitskompanie. Erstere suchten Deckung,

indem sie sich nach Solatend auch auf den Boden warfen, die demohnte Nacht schwebte aus und zog sich wähernd auch in Deckung zurück. Wenn die Rugein gollten, ist nicht bekannt.

Tübingen, 15. August. Ein städtischer Leichenzug bewegte sich gestern zum stillen Ort der Toten. Das Geleite goll dem bejahrten, nahezu 75 Jahre alt gewordenen Veteranen Richter, der im Jahre 1866 bei Tauberschlößchen und 1870 bei Württemberg kämpfte, später hier 10 Jahre lang als Schömann tätig war und zuletzt, wie die Tübinger Chronik berichtet, 37 Jahre lang treue Dienste als Hausmeister an der Mädchenschule leistete.

Stuttgart, 18. Aug. Die hiesigen Neckarwerke haben wegen mangelnder Kohlenzufuhr ihren Betrieb ab heute vollständig einstellen müssen.

Salach, 16. Aug. Der Betrieb der durch ein schweres Schloßfeuer bedingten Papierfabrik erweist keine Unterbrechung. Mehrere Lagerhäuser mit Kohlen und Holzmaterialien sind zerstört. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht ermittelt.

Großbottwar, 15. Aug. In dem Harzbergmeiberg des Wanzlanners Jakob Hüfner hier wurden obflig reife Trauben geerntet.

Vom Bodensee, 16. Aug. Der Flughafen Konstanz hat seine Tätigkeit aufgenommen. Er bildet einen Teil der deutschen Luftreederei. Diese Reederei verfolgt den Zweck, den nationalen und internationalen Luftverkehr anzunehmen. Die deutsche Luftreederei ist bis jetzt das größte deutsche Flugverkehrsunternehmen und stellt seine Flugzeuge in die Dienste des Handels, des Verkehrs und der Wissenschaft. Leiter des Flughafens Konstanz ist der bekannte Fliegeringenieur Ernst Schlegel in Konstanz. Konstanz soll Sprungbrett für den internationalen Verkehr nach der Schweiz, Italien und weiter werden. Neben den Verkehrs- und handelspolitischen Aufgaben des Konstanz Flughafen unternimmt dieser auch Vergnügungsflüge sog. Bodenseeflüge, um dem Publikum Gelegenheit zu geben, die Naturschönheiten unserer Gegend auch vom Flugzeuge aus kennen zu lernen und gleichzeitig das Publikum an das Fliegen zu gewöhnen. Ein Bodenseeflug kostet 100 Mark oder 48 Franken. Entgegenkommenderweise haben sich die Schweizer und deutschen Behörden in Kreuzlingen bereit erklärt, Personen, die in Konstanz einen Bodenseeflug machen wollen, einen einmaligen Grenzübertritt gegen Vorgelegung der nötigen Unterlagen (Flugscheine) zu gestatten.

Handels- und Marktberichte.

Rotenburg, 15. Aug. Hopfenbericht. Die Witterung ist nun seit 8 Tagen hochsommerlich. Infolgedessen ging die Bille des Hopfens rasch von unten. Der Späthopfen geht bereits zur Vollernte über. In frühgeernteten Gärten sind die Halben bereits halb ausgewachsen. Frühhopfen ist häufig ausgewachsen. Jetzt wärden zum Auswachsen der Halben für die Hopfenpflanze ein durchgreifender Regen sehr von Vorteil, da der Boden bereits wieder trocken ist. Im übrigen hat die Pflanze immer noch ein gutes Aussehen.

Württembergischer Hopfenmarkt. (Originalbericht.) Die neue Woche begann mit der glüklichen geschäftlichen Ruhe mit der die alte schloß. Vom 1918er Hopfen kamen bis zur Mitte der Berichtswoche nur 20 Ballen prima Ware zum Verkauf. Erhandelt wurden in kleinste Württembergischer zu 322 und 340 M., Hallertauer zu 535 und Spalter Landhopfen zu 550 M. — In älteren Hopfen kamen ebenfalls nur kleinere Umsätze zu den früheren Preisen (230 M.) zustande. — In jüngeren waren keine zu verzeichnen. Die Hopfenanlagen haben sich allseitig außerordentlich geüßert. Ein großer Teil der Anlagen steht sehr schön, mit reichlichen Seitentrieben und Wäntenanfah. Auch die mittelmächtig stehenden Anlagen werden noch einem gemüthlichen Ertrag bringen und sogar die wenigen weit zurückgebliebenen scheinen sich noch zu erholen und eine, wenn auch geringe Ernte zu liefern. Man kann also bereits heute sagen, daß die diesjährige Hopfenernte, die allerdings etwas später fallen wird, im Allgemeinen eine weit bessere sein wird, wie im Vorjahr. Das Produkt verspricht bei gesundem Stand der Pflanze ein sehr gutes zu werden, vorausgesetzt, daß die Witterungsverhältnisse auch weiterhin günstig bleiben.

Beste Nachrichten.

Berlin, 18. Aug. Aus Rotterdam wird der Deutschen Tageszeitung berichtet, daß mit dem Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich erst Mitte September begonnen werde. Zuerst an die Kräfte kommen kranke oder solche Kriegsgefangene welche in großen Stücken zurückgelassen wurden. Das Gros der deutschen Kriegsgefangenen werde erst nach der vollständigen Einbringung der französischen Ernte, also auch der Winterernte, ausreisen werden. Frankreich besitze in diesen Kriegsgefangenen das 3. B. zweifelhafte Arbeitspersonal für dieses Jahr, ganz besonders für die Ernte, und darin liege die geheimnisvolle Ursache, daß Frankreich sich bisher immer weigerte, unsere Geangenen herauszugeben.

Weimar, 18. Aug. Der im Baltikum kommandierende General v. d. Golz ist von der deutschen Regierung zurückgerufen worden, und hat Befehl erhalten, sich nach Kolberg zu begeben.

Weimar, 18. Aug. Der Nationalratsammlung ist eine Kreditforderung in Höhe von 9 Milliarden zugegangen.

Berlin, 18. Aug. Nach einer Mitteilung des Reichs ernährungsministers diebl auch das Herbstgetreide von jeder Zwangsablieferung frei.

Paris, 18. Aug. Wegen der Steinkohlennot ist der gesamte Schnellzugverkehr auf den deutsch-französischen Staatsbahnen eingestellt worden.

Paris, 18. Aug. Der ehemalige russische Botschafter in Frankreich und frühere russische Minister des Äußeren Tswolsti, einer der Hauptschuldigen am Weltkrieg, ist in Paris gestorben.

Breslau, 18. August. In Oberschlesien unternahm polnische Banden einen Aufstandsversuch, der größtenteils sofort niedergeworfen wurde.

Für die Schriftleitung verantwortlich Bruno Köhler, Württemberg, Calw, Kreisarchiv Calw.



